



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 13. September 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 938 Anfrage Häfliger-Kunz Priska und Mit. über die Zuweisung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich an die Gemeinden / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 938 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 115 zu 0 Stimmen zu.

Die Anfrage A 938, die Anfrage A 946 von Daniel Gasser über die Bonus- und Maluszahlungen bezüglich Zuweisung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich an die Gemeinden, die Anfrage A 947 von Urban Frye über den Stand der Unterbringung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine und die Anfrage A 950 Jasmin Ursprung über die Zuweisungen von Asylsuchenden und Schutzbedürftigen an die Gemeinden werden als Paket behandelt.

Priska Häfliger-Kunz ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Daniel Gasser ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Frye ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Jasmin Ursprung ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Priska Häfliger-Kunz: Ich bin teilweise zufrieden und verlange eine Diskussion. Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage 938. Heute leben 6275 Personen, die im Asyl- oder Flüchtlingsverfahren sind oder den Status S tragen, im Kanton Luzern. Menschen werden vom Staatssekretariat für Migration dem Kanton zugeteilt. Für alle kann aktuell einen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Gastfamilien, Kanton und Einwohnergemeinden gemeinsam. Das Gesundheits- und Sozialdepartement kann nur durch Sozialhilfegesetze die Einwohnergemeinden dazu verpflichten, Unterkunft für Schutzbedürftige zur Verfügung zu stellen. Der Verteilungsschlüsse sowie die Ersatzabgaben sind in den kantonalen Asylverordnungen geregelt. Seit der Ankündigung an die Gemeinden betreffend Verteilungsschlüssel, haben erfreulich viele zusätzliche Wohnungen mieten können. Zuweisungen an die Gemeinden können durchaus als einen Teil der Lösung angesehen werden. Die Einwohnergemeinden sollen jedoch die Möglichkeit haben, sich in der Region zu organisieren und regional denken zu können bei der Beschaffung von Wohnraum. So wie das andere Kantone auch machen. Das ist aber nur möglich mit einer Anpassung vom Sozialhilfegesetz und der Asylverordnung. So kann das Ziel der Einwohnergemeinde und Kanton genügend Wohnraum bereitzustellen leichter realisiert werden. Bei einer Leerwohnungsziffer im Kanton Luzern von unter einem Prozent, müssen alle Möglichkeiten ergriffen werden, damit die benötigten Unterkünfte gefunden werden können.

Es gilt jetzt, die Erfahrungen von 2016 und der aktuellen Situation zu nutzen, um Strategien weiterzuentwickeln und hiermit die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden konstruktiver wird und es dabei auch bleibt.

Daniel Gasser: Vorerst herzlichen Dank der Regierung und der Verwaltung für diese zeitnahe Beantwortung meiner Fragen. Ich denke, es ist für alle Beteiligten klar, dass die Herausforderungen durch die zusätzlichen Flüchtlinge aus der Ukraine gemeinsam gelöst werden müssen. Wie in der Anfrage beschrieben, stellt die kantonale Anordnung aber viele Gemeinden vor praktisch unlösbaren Problemen. LUSTAT hat gestern informiert, der Leerwohnungsbestand liegt das erste Mal seit 7 Jahren unter einem Prozent. Zum einen, ist also in kleinen Gemeinden schlichtweg kein Wohnraum vorhanden, zum anderen versuchen grössere Gemeinden unter Hochdruck fieberhaft geeigneten Wohnraum zu schaffen. Bonus- und Maluszahlungen sind ein mögliches Mittel, um die Gemeinden zur Aktivität anzuspornen. Es entstehen aber gleichzeitig unmöglichen Situationen. Ein Beispiel: Die Gemeinde Ebikon liegt mit der Erfüllungsquote von 42 Prozent des Solls im Mittelfeld der Gemeinden. Sie plant aktuell eine hochwertige Containersiedlung für 100–200 Plätze. Dies, unter Einhaltung aller rechtlichen Grundlagen, durchzuführen, dauert mehrere Monate und zudem entstehen Kosten in Millionenhöhe. Bis zur Eröffnung dieser Unterkunft, trägt die Gemeinde, gemäss aktueller Verordnung, Planungs- und Erstellungskosten und hierzu noch der Strafpenalty von anfänglichen 32'000 Franken pro Monat, die sich bis März 2023 auf 178'000 Franken pro Monat, ich wiederhole noch einmal 178'000 Franken pro Monat, belaufen. Mit anderen Worten, eine Gemeinde mit der Grösse von Ebikon bezahlt ab dem siebten Monat innerhalb von drei Monaten mehr Malus als 2016 alle Gemeinden gemeinsam über die gesamte Krise gezahlt haben. Und dieses Geld, welches so dringend zur Erstellung von Wohnraum gebraucht würde, muss als Strafe bezahlt werden. Dies, das sage ich ungerne, kommt dann zum Teil den Gemeinden zugute, die aufgrund glücklicher Zufälle mit minimalem Aufwand genügend Platz anbieten können. Eine gewisse Absurdität ist hier definitiv nicht zu übersehen. Setzen wir noch das Geld dort ein, wo es sinnvoll ist, nämlich für die Bestellung von nötigem Wohnraum für die Flüchtlinge. Denn das werden sehr wahrscheinlich, andere auch sagen, störend ist es auch, dass es verschiedene Rückmeldungen gibt, dass der Kanton die Anforderungen für den annehmbaren Wohnraum sehr hoch ansetzt und verschiedene Unterkünfte als nicht geeignet ablehnt. Leider ist es bis anhin auch nicht möglich, über mehrere Gemeinden hinweg, Zuteilungen oder Einschulungen gemeinsam zu lösen, weil die Verordnung klar von Einwohnergemeinden spricht. Ich bin überzeugt, dass es hier, im Sinne dieser viel angesprochenen Solidarität, Anpassungen braucht. Der Verband Luzerner Gemeinden hat bereits einige praktikable Vorschläge eingereicht. Ich bitte den Kanton dringend, in all diesen Punkten zu prüfen, wie weit man hier den Gemeinden entgegenkommen kann, weil sonst riskieren wir langjährige und aufwändige Gerichtsverfahren, die niemandem wirklich dienen. Wir nehmen aber auch sehr wohlwollend zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Rechnungsstellung aufschieben möchte, um die Prognose präziser berechnen zu können, aber es löst gewisse Probleme noch nicht. Abschliessend betone ich nochmals, gehen wir diese Herausforderungen gemeinsam an und suchen wir nach Lösungen im Sinne von allen Beteiligten. Die Gemeinden sind bereit, ihren Anteil zu tragen und setzen sich heute schon mit Energie für Lösungen ein.

Urban Frye: Ich bin teilweise zufrieden und hätte auch gerne Diskussion. Wir haben jetzt Anfragen aus dem ganzen Parteienspektrum zum gleichen Thema. Wenn ich die Antworten von der Regierung jeweils lese, so erhalte ich den Eindruck, dass sie sagt: ja, es ist sehr herausfordernd, aber wir haben es im Griff. Ich muss sagen, im Regierungsrat, mit unseren eigenen Projekten, da stehen wir in der Zwischenzeit in einem konstruktiven Dialog, aber auch das war am Anfang herausfordernd. Wir haben im Moment 40 Studierende untergebracht und wir haben auch eine Lösung gefunden, wie wir zukünftig damit umgehen möchten. Wenn wir aber jetzt die Gemeindevertreter, die institutionellen Anleger, Wohnbaugenossenschaften und auch Kirchengemeinden, die Wohnungen haben und Private fragen, so höre ich reihenweise, sie hätten x-fach Wohnungen gemeldet, es sei

ziemlich lang gegangen und viele haben auch gesagt, sie hätten nicht einmal eine Antwort erhalten. Ich kann es nicht nachprüfen, aber es ist nicht nur ein Fall, sondern fast schon systemisch. Auf der anderen Seite, habe ich mich informellen ein wenig Schlau gemacht, unter anderem bei der Stadt Luzern. Da hat man mir gesagt, dass sie aktuell eigentlich 900 Plätze gemeldet haben und wenn sie dann auf 90 Prozent als Solarfüllung kommen würde, dann hätten sie immer noch 300 Plätze frei. Ich kann also nicht verstehen, wieso man die Leute nicht unterbringen kann. Es hat offenbar wirklich genügend Plätze, die gemeldet worden sind. Was ich überhaupt nicht verstehen kann, und das ist der Grund, warum ich die Antwort als unbefriedigend erachte, und das ist die letzte Frage. Warum bezieht der Kanton, die Verwaltung und die Regierung nicht endlich die Organisationen miteinbeziehen, wie beispielsweise die Caritas, die wirklich super Erfahrungen hat, die im Kanton Zug wirklich einen tollen Job macht, wie man hört. Es ist überhaupt nicht so, dass private Anbieter, wenn sie ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, nach 3 Monaten die Nase voll haben, das ist ein ganz kleiner Teil im Kanton Zug. Wir könnten diese Leute unterbringen. Ich will die Regierung wirklich auffordern, die Zivilgesellschaft nicht als ein Problemfaktor oder Störfaktor anzusehen, sondern sehen Sie doch die Zivilgesellschaft, mit all diesen Organisationen, kirchliche usw., als Teil der Lösung. Ich bin überzeugt, wir könnten dieses Problem lösen, wenn der Kanton hier wirklich pragmatisch vorgehen würde. Vielleicht wäre die Lösung sogar, wenn die Gemeinden untereinander dieses Problem lösen würden, vielleicht würde man so weiterkommen. Mir hat man in der Stadt Luzern informell gesagt, dass sie gar kein Geld hierfür verlangen. Sie beharren gar nicht darauf, dass zum Beispiel die Gemeinde Ebikon nun der Stadt Luzern diese 178'000 Franken im Monat überweist, wenn Luzern sozusagen für Ebikon diesen Wohnraum zur Verfügung stellen würde. Also ich glaube, es liegt wirklich nicht daran, dass der Kanton sagt, wir wollen das in den Händen halten. Dass er sagt, wir wollen nicht einzelne Wohnungen, sondern wir wollen möglichst viele an einem Ort unterbringen. Das ist nicht zielführend. Die Leute sind jetzt hier, dort hat Ebikon richtig gesagt, wenn dann die Containersiedlungen fertig sind, da hoffen wir ja alle, dass dieser Krieg in der Ukraine wirklich fertig ist und sich irgendeine Lösung abzeichnet. Ich möchte die Regierung wirklich auffordern, jetzt auch die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen.

Jasmin Ursprung: 16 von 80 Gemeinden konnten ihr Soll per 1. September 2022 erfüllen. Ganze 64 Gemeinden konnten ihr Soll an Wohnraum nicht erfüllen und müssen nun Abgaben zahlen. Da frage ich mich schon, was sind hierfür die Gründe? Haben wir allgemein zu wenig Wohnraum oder sind die Anforderungen zu hoch? Gemäss Frage 5 wurden rund 106 Wohnungen bis jetzt abgelehnt. Dies, obwohl die Leerwohnungsziffer, wie man heute lesen kann, unter einen Prozent gefallen ist. Ich gehe davon aus, dass diese Wohnungen vorher auch schon bewohnt waren. Wieso ging es dann dort? Wer hat darin gewohnt? Zudem wurden 101 Wohnungen noch nicht vom Kanton abgenommen. Sollten die Gemeinden nicht mehr Verantwortung bei der Vergabe von Wohnraum bekommen? Der Regierungsrat schreibt klar, dass Personen mit dem Schutzstatus S und vorläufig Aufgenommene in der Regel in kollektiven Unterkünften oder kantonalen Asylzentren aufzunehmen sind. Nun ist es aufgrund der vielen benötigten Plätzen nicht möglich, diese so unterzubringen. Deshalb wird auf private Unterkünfte wie Wohnungen ausgewichen. Da hinterfrage ich die Antwort des Regierungsrates in der Frage 6 schon. Ein individueller Wohnraum ist doch etwas anderes als ein kantonales Asylzentrum. Kann man da von gleich langen Spiessen sprechen? Wir müssen immer bedenken, dass in der Ukraine Krieg herrscht. Und ich glaube, dass die Flüchtlinge froh sind, wenn sie ein sicheres Dach über dem Kopf haben und nicht mehr inmitten des Krieges leben müssen. Wichtig ist, dass alle zusammenarbeiten und nicht noch unnötig Steine in den Weg gelegt werden. Ich denke, es ist niemandem gedient, wenn man die Gemeinden ausbluten lässt, wenn sie wirklich nicht mehr liefern können. Hierzu sollte über eine Grenze der maximalen Abgaben, die allgemeinen Anforderungen und über mehr Kompetenzen für die Gemeinden diskutiert werden.

Sibylle Boos-Braun: Ich spreche hier zu allen vier Anfragen als Vertreterin der FDP-Fraktion, aber auch mit meinem Hut als VLG-Präsidentin. Zuerst danke ich allen

Involvierten, die sich seit Monaten intensiv für die Unterbringung der Schutzsuchenden bemühen. Sei es die Mitarbeitenden des GSD und der STAV, aber auch allen Luzerner Gemeinden sowie den vielen Freiwilligen. Ich danke auch dem Regierungsrat für die Beantwortung der vier Anfragen. Die Probleme und offenen Fragen in Bezug auf die Unterbringung der Schutzsuchenden werden seit Beginn der Krise zwischen Kanton und Gemeinden in verschiedenen Gremien diskutiert und es wurde nach Lösungen gesucht. Ernüchtert müssen wir leider feststellen, dass es uns bisher nicht gelungen ist, die Kernaufgabe, nämlich genügend Plätze zu finden, zu erfüllen. Diese können wir nur erfüllen, wenn bei den bestehenden Abläufen und Zuständigkeiten Korrekturen vorgenommen werden. So hat der VLG im Auftrag der Gemeinden bereits zweimal beim Kanton beantragt, den Gemeinden bei der Wohnungssuche mehr Kompetenzen einzuräumen. Sie sollen selbständig entscheiden können, ob eine Wohnung genügt oder nicht. Und der Kanton soll sich auf Stichprobenkontrollen beschränken. Damit würde das Verfahren insgesamt effizienter und die zuständigen kantonalen Stellen würden deutlich entlastet. Leider ist der Kanton auf diese Forderung bisher nicht eingegangen. Die Gemeinden sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst und sind durchaus in der Lage, aufgrund der kantonalen Vorgaben zu entscheiden, ob eine Wohnung den Bedürfnissen der Schutzsuchenden entspricht oder nicht. Auch im Rahmen der Sozialhilfe managen und entscheiden die Gemeinden über die Wohnungen selbständig. Ein zweites Thema sind die Bonus-Malus-Zahlungen. Dieses Damoklesschwert erschwert die Situation zusätzlich, da der Fokus auf den zu leistenden Zahlungen liegt anstatt auf der Bettensuche. Ob eine Gemeinde genügend Unterkünfte findet, ist häufig dem Zufall geschuldet und hat nur wenig mit ihren Bemühungen und dem Engagement zu tun. Entsprechend ist das Bonus-Malus-System für die derzeitige Situation eher erschwerend als unterstützend. Im schlimmsten Fall beschert es uns sogar rechtliche Auseinandersetzungen. Im Wissen, dass unser Rat unter Einbezug der Gemeinden dieses System 2016 eingeführt und bereits einmal angewendet hat, muss man heute wohl sagen, dass es für die derzeitige Situation nicht zielführend ist. Die Gemeinden haben auch via VLG gebeten, die terminliche Einführung frühestens auf den 1. Januar 2023 zu verschieben. Der Regierungsrat signalisiert in seiner Antwort zum Vorstoss von Daniel Gasser, dass er eine Aufschiebung der Rechnungsstellung sowie eine weitere Senkung des Erfüllungsgrads in Betracht zieht. Vielen Dank dafür, wir sind aber froh, wenn wir hier rasch Klarheit haben. Wir fordern den Regierungsrat auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen wirklich auszuloten und Anpassungen in den Prozessen vorzunehmen. Nur so werden wir diese Herausforderungen gemeinsam meistern.

Marcel Budmiger: Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Es ist schon ein bisschen erstaunlich, da hat der VLG zusammen mit der Regierung ein System herausgearbeitet und der VLG ist massgeblich daran beteiligt gewesen, auch bei der Kommunikation von diesem Bonus-Malus-System, und jetzt wo es zum zweiten Mal angewendet werden soll, da soll es auch wieder sistiert werden. Ist der VLG noch der unverlässlichere Partner als es der Kanton ist? Die Suche nach Betten und die Minimierung der Kosten der Gemeinden ist nämlich dieselbe. Seit über einem halben Jahr herrscht in der Ukraine ein offener Krieg. Seit über einem halben Jahr wissen wir, dass wir wegen der geografischen Nähe mit hohen Flüchtlingszahlen rechnen müssen. Die aktuelle Situation ist eine Belastungsprobe, ob die Solidarität zwischen den Gemeinden spielt oder nicht. Der grosse Aufschrei, den es jetzt gibt, ist teilweise verständlich, hätte aber dann erfolgen sollen, wo die Regelung eingeführt wurde und nicht jetzt, wo sie umgesetzt wird. Offensichtlich haben wir zu wenig hingeschaut. Offensichtlich hat man da zu wenig sorgfältig gearbeitet. Wo wir aber als SP den Frust der Gemeinden sehr gut verstehen, ist bei der Kritik des DAF. Seit Jahren weisen wir auf die Missstände bei dieser Dienststelle hin, leider bisher aber ohne grosse Resonanz auf der bürgerlichen Seiten. Die Kommunikation mit den Gemeinden ist offensichtlich ungenügend. Es ist auch klar, dass die Gemeinden auch ihren Part leisten müssen bei der anspruchsvollen Aufgabe der Unterbringung der Asylsuchenden. Wir erwarten aber eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und eine Kommunikation auf Augenhöhe von Seiten der DAF und nicht einfach ein Abschieben von Problemen, die man

nicht selber lösen kann. Wenn der Regierungsrat jetzt schreibt, dass es aktuell zwei Wochen geht, bis eine Wohnung von der DAF besichtigt wird, da kann man darauf schliessen, dass es vorher viel länger gegangen ist. Ich finde auch die zwei Wochen sind schon relativ lange. Vielleicht müsste man ja auch hier ein Bonus-Malus-System einführen, bei dem dann die Dienststelle einen Teil der Kosten übernehmen muss, wenn es zu lange geht, bis eine Antwort per Mail kommt. Wo wir die Kritik zwar verstehen, aber die bürgerlichen Parteien sich selbst an der Nase nehmen müssen, ist, dass sie jahrelang die Standards im Asylbereich bezüglich Unterbringung, Betreuung und medizinische Versorgung gesenkt haben. Und jetzt regen sie sich auf, dass sie zu wenig Wohnungen mit diesem tiefen Standard in ihren Gemeinden haben. Trotzdem muss sich hier der Kanton bewegen. Es muss auch möglich sein, dass man in eine teurere Wohnung gehen kann, um Kosten zu sparen. Wenn die Gemeinde beispielsweise den Ausgleich bezahlen würde, dann wäre es vermutlich immer noch günstiger als mit dem Bonus-Malus-System. Was aber nicht geht, ist der schon jetzt tiefe Mindeststandard der Wohnungen noch weiter zu senken. Eine Heizung, WC, eine minimale öV-Anbindung, das ist kein Luxus. Eine allfällige Senkung des Wohnstandards wird die SP entschieden bekämpfen. Eine Frage gibt es noch, die niemand gestellt hat: Warum wird die Erfüllungsquote gesenkt? Das ist im August kommuniziert worden. Gleichzeitig wird eine neue unterirdische Unterkunft angekündigt in Dagmersellen. Regierungsrat Guido Graf hat uns versprochen, dass eine unterirdische Unterbringung nur in Notfällen stattfinden soll. Warum wird dieses Versprechen jetzt nicht umgesetzt, insbesondere, wie wir von Urban Frye gehört haben, wenn es noch freie gemeldete Plätze in den Gemeinden gibt?

Ferdinand Zehnder: Wir bedanken uns bei der Regierung für die die Antworten. Das Asyl- und Flüchtlingswesen fordert uns alle jeden Tag wieder aufs Neue hinaus. Wohin mit den Menschen, welche Unterkünfte können genutzt werden, wo gibt es noch Platz und Möglichkeiten? Der Kanton leistet Grossartiges, von null auf 100 und immer wieder neu. Es ist erfreulich und es ist wertzuschätzen, dass viele Luzernerinnen und Luzerner eine grosse Hilfsbereitschaft gezeigt haben und immer noch tun. Nach einem halben Jahr ist es aber auch sehr verständlich, dass diese Solidarität ein wenig nachlässt. Durch die Vermischung der Ukrainerinnen und Ukrainer mit allen anderen Flüchtlingen ist die Bereitschaft jedoch zusätzlich eingebrochen. Die Antworten haben wir mit grossem Interesse gelesen. Wieso genau gibt es vier Vorstösse von unterschiedlichen Parteien zu diesem Thema? Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden verläuft seit einigen Wochen nicht optimal, das im Kontext mit dem Zuweisungsentscheid, dem Verteilerschlüssel und den angekündigten Ersatzzahlungen. Die Gemeinden, die Behörden und die Freiwilligen bemühen sich um neue Wohnungen. Leider sind neue Wohnungen nur bedingt verfügbar und somit auch nicht in ausreichendem Masse lieferbar. Macht ers in diesem Kontext überhaupt Sinn, am aktuellen Zuweisungsentscheid festzuhalten? Aus unserer Sicht sollten die Fristen und Erfüllungsquoten zumindest überprüft oder angepasst werden. Die aktuelle Unzufriedenheit vieler Gemeinden ist sehr gross und gegenüber dem GSD auch so kommuniziert worden. In den Antworten lesen wir zwischen den Zeilen, zum Beispiel zu Frage 8 von Daniel Gasser, dass der Kanton für die Unterkunft verantwortlich ist. Die Gemeinde muss zahlen, wenn sie nicht genügend zur Verfügung stellt. Kompetenzen hat aber die Gemeinde keine. Über die Zusammenarbeit zwischen Kanton und DAF und der Gemeinde wird hier kein Wort erwähnt. Mehr Kompetenzen den Gemeinden zu geben, wird konsequent ignoriert. Es kommt mir vor, als ob eine Gemeinde den Prozess nicht beeinflussen kann, aber dafür bei Misserfolg finanziell in der Verantwortung stehen soll. Frage 9 in derselben Antwort wurde ebenfalls ausweichend beantwortet. Zusammenfassend wünsche ich mir, dass alle Akteure besser eingebunden werden, pragmatisch, respektvoll und lösungsorientiert. Hier müssen wir alle zusammen durch.

Riccarda Schaller: Sechs Monate Krieg in der Ukraine, hat Marcel Budmiger vorhin gesagt. 202 Tage würde Rolf Born präzisieren, aber das spielt keine grosse Rolle. Es ist der Tag 202 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und ein Ende ist nicht in Sicht. Über

zwölf Millionen Menschen sind bisher schätzungsweise aus der Ukraine geflüchtet, mehrere 10'000 bis in die Schweiz. Wir lesen in den Antworten der Regierung, dass 50 bis 60 Personen pro Tag vom SEM dem Kanton Luzern zugewiesen werden. Die Zahlen machen das Ausmass der Krise deutlich, es ist gigantisch. Es ist auch verständlich, dass uns dies alle herausfordert. Es ist auch verständlich, dass die Behörden und die Institutionen vor diesem Hintergrund zeitweise überfordert sind. Die Regierung schreibt in der Antwort auch, dass das Asylwesen ein volatiles Geschäft sei und dass man agil sein müsse. Ich glaube, wenn ich all diese Fragen lese, dann geht es letztlich genau darum. Einige der Fragen, die ich bereits am 16. Mai 2022 in meiner dringlichen Anfrage A 877 gestellt habe, sind auch noch am Tag 202 aktuell. Sie betreffen nämlich die Aufnahmeprozesse und vor allem die Unterbringung dieser vielen Flüchtlinge. Beim Lesen der Antwort aus dem Paket 3 kommen für mich folgende Sachen heraus, einige davon sind auch von meinen Vorrednern genannt worden. Die Zusammenarbeit zwischen Kantonen und Gemeinden muss auf jeden Fall geklärt werden. Die Anwendung des Verteilungsschlüssels für die Gemeinden funktioniert noch nicht zufriedenstellend bei der Umsetzung. Generell scheint es mir, dass viel Zeit und Energie für Reibungsverlust draufgeht. Es ist eine Krisensituation und Agilität ist gefragt. Vielleicht würde es Sinn ergeben, und hier bin ich mit Sybille Boss einig, dass die Gemeinden mehr Handlungsspielraum erhalten und passende Unterkünfte für Flüchtlinge bereitstellen. Bürokratische Hürden und restriktive Vorgaben sollten in dieser Situation möglichst zugunsten der Flüchtlinge und zugunsten einer guten Unterkunftslösung reduziert werden. Wahrscheinlich müssen auch die Kriterien einer akzeptablen Unterkunft nochmals überdenkt werden. Bevor man nämlich die Leute in die Zivilschutzanlagen unterbringt, was ich persönlich durchaus als prekäre Situation taxieren würde, könnte man prüfen, wie wichtig im Einzelfall die Distanz zum öV oder ein funktionierender Backofen ist. Unter Umständen wäre eine solche Lösung einer Zivilschutzanlage vorzuziehen. Idealerweise stellen wir mehr private Unterkünfte bereit, weil erwiesen ist, dass in Bezug auf die soziale Integration und das Wohlbefinden der Flüchtlinge eine private Unterkunft grosse Vorteile hat. Wie von Urban Frye vorgeschlagen wurde und in anderen Kantonen anscheinend bereits umgesetzt, könnte die Regierung die Koordination von privaten Unterkünften an erfahrene Organisation abgeben, wenn hier die aktuellen Ressourcen des Sozialamts nicht ausreichen, was durchaus nachvollziehbar ist. Vielleicht braucht es auch die Agilität und die Offenheit. Vielleicht könnte der Regierungsratspräsident zu der Frage 7 von Urban Frye ein wenig mehr ausführen, wie er das sehen. Zum Schluss sehe ich ein grosses Potenzial auch in der Vermietung von Wohnraum und das ist die Antwort auf die Anfrage von Jasmine Ursprung. In der Antwort auf ihre Anfrage sagt nämlich die Regierung: «Viele Angebote wurde zurückgezogen, weil nicht zugesichert werden konnte, dass die Bewohnenden durch die Vermieter ausgesucht werden können.» Wir haben auch solche Fälle in unserer Gemeinde gehabt und ich muss sagen, wenn ich eine ukrainische Familie kenne und Wohnraum vermiete, dann sollte der Kanton fähig sein, dies umzusetzen. Es ist natürlich schwieriger dann zu sagen, ich vermiete meine Wohnung irgendjemandem, der mir dann zugewiesen wird. In dem Sinne wünsche ich mir auch ein paar Informationen mehr, um agil mit dieser Situation umgehen zu können. Es ist der Tag 202 und aus meiner Sicht Zeit erste Anpassungen vorzunehmen.

Christine Kaufmann-Wolf: Ich glaube, das bestehende Problem, die grosse Herausforderung, können wir nur miteinander lösen und angehen. Die Gemeinden und der Kanton befinden sich gemeinsam auf dem Weg. Und gleich habe ich hier zwei, drei Sachen, die ich aus Voten und Reden meiner Kollegen gehört habe. In Kriens haben wir im Frühling probiert Hand zu bieten beziehungsweise zu vermitteln zwischen dem Kanton und einem Gebäude der armasuisse. Es hat leider nicht geklappt. Deswegen bekommen wir jetzt auch ein Problem. Das Gebäude ist anscheinend ein Bürogebäude und hat die Ansprüche nicht erfüllt, obwohl es Einzelzimmer, Cafeteria und Sanitäranlagen hat, sich fünf Minuten vom öV befindet und sogar eine traumhafte Aussicht hat. Wenn man nun weiterhin Hand bietet, auch mit möglichen Containersiedlungen, wurde

vom Kanton gesagt, dass man mindestens sechs Monate Zeit für die Umsetzung brauche. Ich hoffe, dass wir in diesen sechs Monaten bis zur Umsetzung nicht bestraft werden, sondern dass man diesen Gemeinden Hand bieten und diese befreit werden von den Strafzahlungen. Alles andere wäre nicht wirklich die feine Art.

Monika Schnydrig: Die Zuteilung der Flüchtlinge durch den Kanton stellt, wie wir gehört haben, viele Gemeinden vor grossen Herausforderungen. In vielen Gemeinden ist zum Teil absolut kein Wohnraum mehr vorhanden, in anderen kann der nötige Wohnraum nicht in der notwendigen Frist bereitgestellt werden. Grössere Gemeinden planen Containersiedlungen und wir wissen alle, dass es unter Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben mehrere Monate dauert, dies zu realisieren. Aus dieser Situation resultieren die Bonus-Malus-Zahlungen. Gemeinden, die oft durch glückliche Fügung über den nötigen Wohnraum verfügen, erhalten Zuwendungen und alle anderen Zahlen Strafgebühren in der Höhe von mehreren 10'000 Franken pro Woche, anstatt dass wir das Geld für Lösungen investieren könnten. Zudem wird das Öfteren möglicher Wohnraum als nicht zumutbar abgelehnt und wir fragen uns hier, wer hat denn bis jetzt darin gewohnt und warum geht das jetzt nicht mehr? Im Newsletter des VLG kann man lesen: «Der VLG fordert in einer aktuellen Eingabe an den Regierungsrat Graf die Sistierung/Aufschiebung des Bonus-Malus-Systems.» Nach Ansicht des Verbandes erreicht das System die beabsichtigte Wirkung nicht und schürt im Gegenteil Fehlanreize und führt zu Spannungen. Zudem wiederholt der VLG seine Forderungen, den Gemeinden bei der Wohnungssuche mehr Kompetenzen einzuräumen und stellt zudem fest, dass das System zwischen Kanton und Gemeinden trotz Taskforce insgesamt nicht gut läuft und so zu vielen Reibungsverlusten führt. Das sind Fragen über Fragen, die sich hier stellen und der Unmut wird spürbar grösser. Wir sehen definitiv verschiedene und dringenden Gesprächs- und Handlungsbedarf.

Vroni Thalmann-Bieri: Wir sind zwar in der glücklichen Lage, dass wir die Vorgaben erfüllt haben. Aber auch wir müssen auf Wohnungssuche. Es gibt dort eine Änderung und wenn wir nicht Wohnungen bringen können, müssten wir dies bezahlen. Es ist so, dass wir wirklich nur noch 0,6 Prozent leere Wohnungen haben. Wir geben uns alle Mühe und wir haben dies auch gemeldet. Aber ich sehe auch, dass Marcel Budmiger gesagt hat, das zweite Mal hätten wir das Maul schon ein wenig mehr aufgerissen, dass wir nicht zahlen und das Bonus-Malus-System einführen wollen. Aber vielleicht muss man dies überdenken bei diesem Leerwohnungen-Anteilen, weil auch wir Sozialvorstehende haben manchmal zähneknirschend den grösseren Mietzins übernehmen müssen, wenn nichts anderes gefunden wurde. Und wenn ich jetzt lese, dass 106 Wohnungen wegen zu hohen Mieten im Kanton nicht gemietet werden konnten, dann finde ich nicht gut, dass man hier nicht auch sagt, dass wir doch ein Gewisses übernehmen müssen, weil nichts anderes vorhanden ist.

Daniel Rüttimann: Ich erlaube mir, aus Sicht einer Gemeinde und als Regionenvorsteher hier noch einige Gedanken hinzuzufügen. Die Asylthematik ist in den letzten zehn Jahren eine Herausforderung gewesen. Sie ist jetzt verstärkt worden und wir wissen alle, dass es so bleiben wird. Mit der Übernahme der Dossier aus der letzten Flüchtlingswelle, nach 10 Jahren gehen diese an die Gemeinde über, werden viele Gemeinden in den Jahren 2024 und 2025 betreffend wirtschaftliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration zusätzlich stark gefordert werden. In der neuen Flüchtlingswelle, ausgelöst durch Ukraine-Konflikt, hat der Kanton schnell die Führung übernommen, die Gemeinden haben wo möglich unterstützt und dazu hat die Bevölkerung sehr grosse Solidarität gezeigt. Das ist sehr erfreulich und muss weiter gestützt werden. Leider ist es so, dass eben diese Solidarität in der Gesellschaft eine deutliche Reduktion erfahren hat und die Unterstützung ist hier weggebrochen. Die Gemeinden sind an guten Lösungen interessiert. Sie haben sich in den letzten sechs Monaten sehr engagiert und haben für zahlreiche Wohnungen gesorgt. Der VLG-Vorstand hat sich hier stellvertretend für die Gemeinden aktiv eingesetzt und dies macht auch Sinn. Leider verläuft die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den zuständigen Stellen eben nicht in allen Bereichen optimal und wir haben das in den Vorboten bereits gehört. Die Folge davon sind viele Ärgernisse, zahlreiche Beschwerdebriefe und sogar an

Ankündigungen, dass allfällige Rechnungen für Ersatzzahlungen nicht beglichen werden. Viele Gemeinden sind mit den aktuellen, aber auch schon mit der früheren Sozialberatung, der Wohnbegleitung und insbesondere neu mit der Wohnungsbewirtschaftung äusserst unzufrieden und erwarten deutliche Optimierungen. Aus meiner Sicht braucht es eben hier auch neue Denkansätze, wie wir vorhin bereits gehört haben, und hierzu gehören regionale und kantonale Umsetzungen zur Wohnungsunterbringung. Ich bedanke mich bei allen Involvierten für die engagierte, nicht einfache Arbeit. Die Gemeinden sind weiterhin bereit, die Verantwortung zu tragen und zu übernehmen. Und ich hoffe, dass es gelingt, die vorhandenen Ressourcen noch optimaler für bessere und tragfähige Lösung einzusetzen.

Priska Häfliger-Kunz: Es wurde gesagt, dass die Solidarität unter den Gemeinden nicht spielt. Ich behaupte aber, sie spielt. Aber sie macht es uns noch einfacher, wenn wir zusammenarbeiten können. Wenn die Gemeinden auch die Möglichkeit haben zusammenzuarbeiten, sind wir durchaus gewillt, unseren Teil zu übernehmen.

Urban Frye: Daniel Rüttimann hat vorhin gesagt, die Unterstützung der Zivilgesellschaft hätte abgenommen. Ich weiss nicht, wie er das gemeint hat. Ich mache die vollkommen gegenteilige Erfahrung. Sie ist nach wie vor wirklich vorhanden, aber ganz viele sind vollkommen frustriert, weil bezüglich ihrer die Hilfsangebote der Kanton immer gesagt hat, er wolle das selber machen, man bräuchte die Hilfe nicht. Dann sind die Leute einfach frustriert. Deshalb hat die Solidarität abgenommen. Viele haben einfach den Bettel hingeschmissen und gesagt, der Kanton solle es selber machen. Aber ich bin überzeugt, die Solidarität wäre sofort wieder hier, wenn der Kanton jetzt die Gesellschaft wirklich in die Lösung des Problems miteinbeziehen würde.

Daniel Gasser:

Ganz kurz noch zu Marcel Budmiger. Er hat richtig festgestellt, dass wir uns diese Regeln des Bonus-Malus-Systems selber gegeben haben. Ich glaube, wir dürfen gescheitert werden, das hören wir immer wieder hier drin. Für mich ist die zentrale Aussage, dass wir gerne bereit sind, Geld in die Hand zu nehmen. Aber wir wollen, dass das Geld den Flüchtlingen zugutekommt für gute Unterkünfte und nicht Gemeinden, die per Zufall genügend Wohnraum anbieten können.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich halte mich kurz, aber ich möchte auf unserer Ebene bleiben und nicht Details besprechen. Ich hätte auch noch andere Details zu den Gemeinden, aber das ist mir etwas zu einfach. Ich erinnere Sie alle an die sehr gute Rede unseres Kantonsratspräsidenten Rolf Born betreffend Solidarität. Hier braucht es wirklich Solidarität auf allen drei Ebenen, Bund, Kantone und Gemeinden. Hier müssen wir die Verantwortung wahrnehmen. Kantonsrat Urban Frye sagt mir informell, Luzern habe diese und diese Meinung. Ich habe aber auch eine andere Antwort von der Stadt Luzern erhalten. Ich habe auch andere Antworten von verschiedenen Städten hier im Kanton Luzern betreffend Solidarität mit Nachbargemeinden erhalten, bezüglich dem, was sie eigentlich erwarten. Das ist mir zu einfach. Informell will ich nichts, ich will es offiziell. Ich muss Ihnen sagen, wenn ich den Kanton Luzern mit anderen Kantonen vergleiche, dann macht es unser Kanton nicht so schlecht. Die zehn Jahren werden vom Kanton finanziell und organisatorisch getragen und dann wird dies direkt an die Gemeinden weitergeben. Herr Kantonsrat Daniel Gasser macht eine hervorragende Arbeit in Ebikon, vielleicht war er zu spät mit der Containersiedlung. Ich habe gestern Abend noch recherchiert, wie die Geschichte zu diesem Gesetz eigentlich abgelaufen ist. Alt-Kantonsrat Reto Camenisch hat einen Vorstoss gemacht und ein Bonus-Malus-System verlangt. Er wollte direkt ab dem ersten Tag 100 Franken einziehen und das unter den Gemeinden verteilen. Wir haben anschliessend eine Vernehmlassung gemacht. Der VLG hat sich eingegeben und all seine Punkte haben wir übernommen. Gesetze machen Sie, aber wir setzen sie um. Es kann nicht sein, dass wir jetzt etwas ausser Kraft setzen. Das geht rechtlich nicht. Aber ich bin

einverstanden, dass wir Erfahrungen machen und es Anpassungen geben muss. Wir sind offen für Veränderungen. Wir haben im Moment zwei Hebel und zwar zunächst den Erfüllungsgrad, welchen ich nochmals erklären möchte. Diesen werden wir Ende Oktober das erste Mal überprüfen, und zwar rückwirkend. Wir werden es auch Ende Dezember nochmals analysieren und hier werde ich versuchen, den VLG mitzunehmen. Ich habe einfach einen Wunsch an den VLG. Sie haben jetzt schon sehr kritisiert. Es gibt auch eine Rückseite dieser Medaille. Betreffend den Leerwohnungsbestand stimmt es auch nicht, was Sie gesagt haben, dass wir etliche leere Wohnungen haben. Wir haben ein Problem, das wurde richtig gesagt vom Sozialvorsteher von Flühli-Sörenberg, und zwar einen Leerwohnungsbestand unter einem Prozent. Ich mache Ihnen eine einfache Rechnung: Pro Woche kommen ungefähr 50 bis 60 Personen und pro Woche brauchen wir circa fünf bis acht Wohnungen, das heisst im Monat sind das circa 20 bis 30 Wohnungen. Die Wahrheit ist, diese Wohnung haben wir gar nicht. Und jetzt sagen Sie alle, dass Grossunterkünfte unmöglich sind. Das ist einfach nicht ehrlich, wir brauchen Grossunterkünfte. Der Fall betreffend armasuisse werde ich mir noch mal erklären lassen. Wir werden uns hier aber bewegen, ich lasse mir nochmals die Standards präsentieren. Dieser darf nicht unter dem von Sozialhilfebezieher sein, die wir im Kanton Luzern haben. Aber wir werden Grossunterkünfte brauchen, das können Hallen oder auch Zivilschutzanlage sein. Gemäss einer Voraussage der SEM, werden wir im Kanton Luzern bis Ende Jahr nochmals 2500 bis 3000 Personen bekommen und das Wichtigste ist, diese Personen brauchen ein Dach und die Verpflegung sowie die Gesundheitsversorgung muss sichergestellt werden können. Ich erlaube mir eine zweite Bemerkung. Die Arbeitslosenquote beträgt ca. 1,2 Prozent, also haben wir im Prinzip Vollbeschäftigung. Und wenn Sie ein solches Ereignis haben und bis Sie eine Organisation hochgefahren haben, da brauchen Sie Zeit und vor allem Ressourcen und Mittel. Es ist relativ einfach zu sagen, wenn man im Trockenen sitzt, dass die DAF ihre Arbeit nicht macht. Die DAF macht die Arbeit hervorragend und da stehe ich hinter dieser Dienststelle. Aber wir brauchen Mitarbeiter und die Situation ist heute einfach so, und anderen Departementen geht es auch so, dass wir Stellen ausschreiben, aber wir kaum mehr Bewerbungen erhalten. Den Wohnungsstandard werden wir anschauen, auch mit dem VLG. Erfahrungen machen wir und wir sind offen dafür, Gesetze und Verordnungen anpassen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Gemeinden, braucht es zwei Seiten, wenn man zusammenarbeiten will, nicht nur eine. Da bin ich offen und ich werde mich auch diesbezüglich schriftlich beim VLG noch einmal persönlich äussern. Manchmal habe ich schon das Gefühl, dass wir viel reden, aber jetzt ist Handeln angesagt. Wenn wir das bis Ende Jahr in den Griff bekommen wollen, dann kann man nicht mehr sagen, der andere soll und ich nicht. Wir bekommen das nur in den Griff, wenn wir das zusammen angehen und zusammen umsetzen. Diesbezüglich möchte ich mich bei all denen bedanken, also Gemeinden, Privatpersonen und so weiter, die uns wirklich hier die Unterstützung geben.